

betreffend Schutz der Israelitischen Gemeinde Basel

Im Grossen Rat sind auf Antrag des Regierungsrats zweimal Vorstösse abgelehnt worden, welche zum Ziel hatten, dass der Kanton einen Teil der Sicherheitskosten für Mitglieder und Einrichtungen der jüdischen Gemeinden in Basel übernimmt. Seit diesen Entscheiden hat sowohl der Ständerat als auch der Nationalrat einstimmig eine Motion von Ständerat Daniel Jositsch (SP, ZH) angenommen, welche den Schutz von religiösen Gemeinschaften vor terroristischer und extremistischer Bedrohung und Gewalt fordert. Der Bundesrat hat klar zum Ausdruck gebracht, dass die jüdischen Gemeinschaften und ihre Einrichtungen vom islamischen Terror bedroht sind. Dieser besonderen Bedrohung müssten die verantwortlichen Behörden Rechnung tragen, erklärt der Bundesrat und zeigt Bereitschaft, zusammen mit den Kantonen zu prüfen, ob allenfalls bestehende Schwachstellen mittels spezifischer Massnahmen eliminiert werden können.

Auf Grund dieser Haltung des Bundesrats und der einstimmigen Beschlüssen beider Parlaments-Kammern ergibt sich auch in Basel eine neue Ausgangslage. Die Bedrohungslage wird bejaht, ebenso die Verantwortung von Bund und Kantonen. Die Möglichkeit zur Mitfinanzierung von gewissen Sicherheitsmassnahmen durch den Bund ist bereits heute gegeben. Weitere Gespräche mit den Kantonen und interessierten Organisationen sollen nächstens im Rahmen einer Arbeitsgruppe folgen.

Bund und Kantone stehen in der Verantwortung und sind jetzt aufgefordert zu handeln die Sicherheit jüdischer Mitmenschen und Einrichtungen zu erhöhen. Vor Ort ist der Kanton in der Pflicht. Mit Blick darauf, dass die Israelitische Gemeinde bereits vor mehr als zwei Jahren um Unterstützung durch den Kanton gebeten hat und noch immer keine Resultate vorliegen, besteht nun dringender Handlungsbedarf. Der Regierungsrat hat den jüdischen Gemeinden einen grösseren Betrag für die Investitionen im Sicherheitsbereich zugesichert. Die Bedingung dafür ist, dass die jüdischen Gemeinden die andere Hälfte der Kosten tragen. Dies ist ihnen derzeit finanziell nicht möglich.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Gedenkt der Regierungsrat den jüdischen Gemeinden in Basel, nachdem sich Bundesrat und das Eidgenössische Parlament klar für eine Erhöhung des Schutzes ausgesprochen haben, die notwendige und angemessene Unterstützung für ihre Sicherheit zu gewähren?
2. Sieht der Regierungsrat eine Möglichkeit, den für Investitionen zugesicherten Betrag im Sinne einer Sofortmassnahme als Beitrag für die aktuellen Sicherheitsausgaben freizugeben?

Michael Koechlin